

Korschenbroich & Jüchen

MELDUNGEN

Radfahrer nach Unfall schwer verletzt

KORSCHENBROICH/JÜCHEN (RP) Bei einem Zusammenstoß mit einem Pkw wurde ein 65-jähriger Radfahrer am Sonntag schwer verletzt. Der Korschenbroicher wurde gegen 13.10 Uhr an der Kreuzung Stessener Weg/Am Zollbrett in Jüchen-Wallrath vom Pkw eines 40-jährigen Korschenbroichers erfasst. Dieser hatte nach derzeitigen Erkenntnissen der Polizei die Vorfahrt des Radfahrers missachtet. Der Radfahrer stürzte und zog sich hierbei die schweren Verletzungen zu. Dass er einen Helm trug, verhinderte laut Polizei noch schlimmere Folgen. Der 65-Jährige wurde in ein Krankenhaus gebracht.

Stadtverwaltung öffnet Jüchener Rathaus wieder

JÜCHEN (RP) Die Stadtverwaltung Jüchen ist seit Montag wieder für den Publikumsverkehr geöffnet. Die allgemeinen Öffnungszeiten sind: Montag bis Freitag von 8.30 bis 12 Uhr, Montag bis Mittwoch von 14 bis 16 Uhr und Donnerstag von 14 bis 18 Uhr. Das Sozialamt hat seit dieser Woche wieder von Montag bis Mittwoch von 8.30 bis 12 Uhr, am Donnerstag von 14 bis 18 Uhr und am Freitag von 8.30 bis 12 Uhr geöffnet. Aufgrund der Corona-Pandemie bietet die Stadt darum, die Verwaltung nur nach vorheriger Terminvereinbarung aufzusuchen. So könnten Wartezeiten vor Ort vermieden werden. Es herrscht Maskenpflicht.

Tür an Pescher Kreuz herausgerissen

PESCH (mlat) Unbekannte haben ein Kreuz im Pescher Feld schwer beschädigt. Das teilte die Donatus-Bruderschaft Pesch mit. Die Tür des Kreuzes sei mit Gewalt herausgerissen worden. Die Pescher Dorfgemeinschaft hat bereits erklärt, die Reparaturkosten zu übernehmen. Der Dorfgemeinschafts-Vorsitzende Thomas Türks kündigte zudem an, Anzeige gegen unbekannt zu erstatten. „Die Aussicht, dass der oder die Schuldigen ausfindig gemacht werden, ist zwar gering, aber dann ist es wenigstens aktendkundig“, teilte er bei Instagram mit.

Flughafenerweiterung trotz Corona-Krise

Der Düsseldorfer Flughafen soll größer werden. Mitten in der Kontaktsperre hat daher in Korschenbroich und anderen Städten die Offenlage der Pläne begonnen. Zum Unmut der „Bürger gegen Abgase und Fluglärm“.

VON MARC LATSCH

KORSCHENBROICH/DÜSSELDORF Stefan Eckart ist allgemein nicht besonders gut auf den Flughafen Düsseldorf zu sprechen. Als Vorsitzender der „Bürger gegen Abgase und Fluglärm in Korschenbroich“ ist das auch so etwas wie seine Kernaufgabe. In diesen Tagen fällt ihm seine Rolle jedoch besonders leicht. Am Montag, mitten in der Corona-Krise, begann die Offenlage für den Flughafen-Ausbau. Für Eckart ein ziemlicher Skandal.

„Wir haben keine Chance, die Bürger wirklich zu beteiligen“, sagt Eckart. Er vermutet, dass die Corona-Krise genutzt werden soll, um den Ausbau möglichst geräuschlos durchzusetzen. Gerade werde es schwer, mehr Menschen als den harten Kern der Bürgerinitiative auf das Thema aufmerksam zu machen. Bei der Stadt hat Eckart zwei Veranstaltungen beantragt. Einen Infostand (genehmigt) und eine Versammlung in einer städtischen Räumlichkeit (nicht genehmigt). „Da Zusammenkünfte in Vereinen nach der Coronaschutzverordnung aktuell nicht zulässig sind“, wie die Stadt mitteilt. Ein Argument, dass Eckart nachvollziehen kann. Ihm aber auch zeigt, dass eine Offenlage derzeit einfach nicht vernünftig durchführbar sei. Auch auf den Infostand verzichte er daher. „Das eine macht ohne das andere keinen Sinn“, sagt Eckart.

Bereits 2015 hatte der Flughafen Düsseldorf eine Kapazitätserweiterung beantragt. Dabei geht es zum einen darum, mehr Flugbewegungen in Stunden mit hoher Nachfrage zuzulassen. Zum anderen auch darum, die Start- und Landebahnen flexibler zu nutzen. Neu eingebrachte Unterlagen erfordern nach einer bereits durchgeführten ersten eine zweite Öffentlichkeitsbeteiligung. Wie genau die Pläne aussehen, können interessierte Korschenbroicher seit Montag im Rathaus Don-Bosco-Straße sehen. Dort sind laut Stadt die erforderlichen Hygienevorkehrungen getroffen worden.



In Zeiten von Corona wird der Flughafen Düsseldorf vor allem als Parkplatz gebraucht. Auf die Erweiterungspläne habe das jedoch laut Flughafen keine Auswirkungen.

FOTO: DPA

Zur Einsichtnahme sei eine vorherige Terminvereinbarung erforderlich. Auch bestehe für die Besucher eine Maskenpflicht. „Der Zeitpunkt der Offenlage ist sicher nicht optimal, allerdings erscheint sie unter den genannten Vorkehrungen durchführbar zu sein“, teilt die Stadt mit.

Ähnlich äußert sich das verfahrensführende NRW-Verkehrsmministerium auf Anfrage. Deren Empfehlungen decken sich mit den Maßnahmen, die auch in Korschenbroich getroffen wurden. Eine Verschiebung des Verfahrens sei für das Ministerium nicht denkbar. „Planfeststellungen für die Erweiterung von Flughäfen sind in der Regel langwierig und erfordern eine

INFO

Die Erweiterungspläne liegen bis 12. Juni aus

Flughafen Der Düsseldorfer Flughafen ist bemessen am Passagieraufkommen der drittgrößte Flughafen Deutschlands. Hinter Frankfurt am Main und München. Im Jahr 2019 nutzten rund 25 Millionen Passagiere den Airport.

Erweiterung Seit 2015 strebt der Flughafen eine Kapazitätserweiterung an. Eine zweite Öffentlichkeitsbeteiligung wurde nötig, weil im Planfeststellungsverfahren neue Unterlagen eingebracht wurden. Die Pläne liegen noch bis zum 12. Juni im Rathaus Don-Bosco-Straße aus und sind dort nach Anmeldung einzusehen.

umfangreiche Sachverhalts- und Rechtsfragenklärung“, teilt eine Sprecherin mit. Die Offenlage der Unterlagen sei seit Ende des vergangenen Jahres aufwändig vorbereitet worden und müsse möglichst

zünftig durchgeführt werden. Das Ministerium sei davon überzeugt, dass die Öffentlichkeitsbeteiligung durch die Städte und Gemeinden rechtskonform zu gestalten sei. Dennoch regt sich nicht nur in

Korschenbroich, sondern auch in Mönchengladbach und zahlreichen anderen Städten der Widerstand. Einen Einwand formuliert dabei nicht nur Eckart, sondern auch Hajo Siemes von der Initiative „Gegen Fluglärm MG-Ost“. „Nach der Corona-Krise wird es auf dem Gebiet der Luftfahrt nicht wieder so werden wie vorher“, hofft er. Anders sieht das naturgemäß ein Flughafensprecher. „Mittel- bis langfristig gehen wir von einer Normalisierung des Luftverkehrs am Flughafen Düsseldorf aus“, sagt er. Auch kurzfristig könne eine neue Betriebsgenehmigung bei der Wiederaufnahme helfen. Der Flughafen sehe daher keine Veranlassung, den gestellten Antrag zurückzuziehen.

Klassenanbau in Hochneukirch

Studie lässt Zusammenlegung der Gesamtschule unwahrscheinlicher werden.

JÜCHEN (gt) Wichtige Entscheidungen für Schulen und Kindergärten stehen in der ersten Präsenzsitzung eines Ausschusses nach der Corona-Sperre an. Im Hauptausschuss am 14. Mai, ab 18 Uhr, in Haus Katz wird in öffentlicher Sitzung auch das Ergebnis der Machbarkeitsstudie zum Thema „Raumnot in Schulen und Kitas“ vorgestellt. Für die Gesamtschule ergibt sich aus der Studie allerdings nicht die favorisierte Lösung der Zusammenlegung der beiden Standorte in Jüchen und Hochneukirch. Stattdessen beabsichtigt die Verwaltung einen Anbau von vier zusätzlichen Klassen an den Standort Hochneukirch und somit an die ehemalige Hauptschule, die dort bereits von den Gesamtschuljüngern fünf bis sieben genutzt wird. Der auch von einigen Ratsfraktionen bevorzugte Standort an der Stadionstraße ist für eine bauliche Erweiterung wegen des angrenzenden Landschaftsschutzgebietes problematisch.

Zur Beschlussfassung für den Rat schlägt die Verwaltung den Fraktionen vor: Insgesamt sollen außerplanmäßige Mittel in Höhe von insgesamt 610.000 Euro für einen provisorischen Kita-Container an der Bahnstraße für eine sechste Gruppe bis zur Fertigstellung des Anbaus und für einen Spiel- und Geräterwagen zur Verfügung gestellt werden. Die Baukosten in Höhe von 1.050.000 Euro für die Erweiterung



Aus dem von der Gesamtschule erhofften Anbau ans Schulzentrum wird wegen des angrenzenden Landschaftsschutzgebietes vorerst nichts. FOTO: GT

der Gesamtschule Hochneukirch um vier Unterrichtsräume sollen, so wie die Kosten für ein mögliches Provisorium, dann im Haushalt 2021 veranschlagt werden.

Die Genehmigung, statt des Rates mit 42 Mitgliedern nun den Hauptausschuss mit nur 14 Mitgliedern stattfinden. Das gilt laut Wolf für die Ausschussmitglieder ebenso wie für Bürger, die möglicherweise am öffentlichen Teil der Sitzung teilnehmen möchten. Zunächst wird die Verwaltung am Eingang von Haus Katz auf einem Schild auf die Wahrung des Mindestabstandes hin-

weisen. Zudem werden die Tische und Stühle im Sitzungssaal so aufgebaut, dass die Mindestabstände eingehalten werden können. Desinfektionsspender werden laut Wolf für die Handdesinfektion vor und nach der Sitzung aufgestellt. Auch im Zuschauerraum werden weniger Stühle als sonst stehen, und diese natürlich mit großen Abständen voneinander. Die Anzahl der Stühle richtet sich laut Stadtverwaltung nach einer durchschnittlichen Besucherzahl.

Für die Ausschussmitglieder gibt es Platzkarten auf den Tischen, außerdem ist die Teilnehmerzahl auch auf Seiten der Verwaltung auf den Bürgermeister, die Dezernenten und einen Schriftführer begrenzt worden. Für alle Besucher werden vorgeschriebene Wege markiert.

Patienten sollen gemeinsam klagen

Die Initiative „Pro Pflege“ schaltet sich in Streit mit Jüchener Hausarzt ein.

VON GUNDHILD TILLMANN

JÜCHEN Im Streit um die Herausgabe von Patientenakten oder zumindest der Kopien aus einer aufgegebenen Arztpraxis in Jüchen bekommen die Betroffenen jetzt einen weiteren Fürsprecher. Wie berichtet, versucht die Ärztekammer NRW zwar weiterhin, den Arzt überhaupt zu erreichen, um ihn zur Herausgabe der Patientendokumente zu bewegen. Zwingen kann sie ihn aber nicht. Außerdem ist der Arzt aktuell weder für die Berufskammer, noch für seine ehemaligen Patienten erreichbar, wie diese wiederholt gegenüber unserer Zeitung beklagt haben. Nun meldet sich aber Werner Schell, der Vorsitzende von „Pro Pflege“, einem Selbsthilfenetzwerk, mit Sitz in Neuss zu dem Fall in Jüchen zu Wort.

Schell sagt: „Es ist richtig, dass die Ärztekammer die Unterlagen nicht direkt beschaffen kann.“ Die Kammer sei als berufsrechtliche Aufsicht im Wesentlichen auf Sanktionen beschränkt, bestätigt er die Darlegung der Kammer, die wie berichtet, Rügen und Mahnungen aussprechen sowie Bußgelder verhängen kann. Laut „Pro Pflege“ sei es daher folgerichtig, dass hier eine direkte Herausgabeklage gegen den Arzt (auf Kopien) das geeignete Mittel sei. Telefonieren sei da wenig hilfreich, meint Werner Schell zu den bislang vergeblichen Versuchen. Er regt an:



wegen der Eilbedürftigkeit auf Erlass einer einstweiligen Verfügung hingewirkt werden.“ Eine Sammelklage der betroffenen Patienten wäre ebenfalls möglich. Und der Jüchener Gustav Laufs, der den Fall als Erster öffentlich gemacht hatte, ist mittlerweile auch bereit, anderen Betroffenen Akteneinsicht in seine bisher-



Werner Schell von der „Pro Pflege“-Initiative. FOTO: PRO PLEGE

gen Bemühungen zu gewähren. Werner Schell meint indes, das Kostenrisiko für eine Klage oder besser noch für eine einstweilige Verfügung sei ist gering, die Aussicht auf Erfolg aber groß. Er weiß nämlich, dass die Herausgabepflicht von Kopien der ärztlichen Unterlagen (gegen Kostenerstattung) wiederholt von Gerichten bestätigt worden sei. Ob im vorliegenden Falle sogar die Herausgabe der Originale zu erfolgen habe, müsse gegebenenfalls vor Gericht erörtert werden. Und er rät den Betroffenen, es sei zu empfehlen, einen Anwalt für Medizinrecht zu beteiligen.

Der 81-jährige Werner Schell und seine Mitstreiter der unabhängigen und gemeinnützigen „Pro Pflege-Selbsthilfeinitiative“ verstehen sich als ein Netzwerk zur Verbesserung der Pflege-Rahmenbedingungen. Die Initiative strebt außerdem eine nachhaltige Finanzierung des Pflegesystems an und versteht sich als Lobby für pflegebedürftige und behinderte Menschen, für Patienten, deren Rechtsvertreter und Angehörigen. Die Mitglieder wollen beraten und helfen.

Kontakt zum Bürgermonitor per E-Mail an gundhild.tillmanns@ngz-online.de

